

## Rückschau Aktionstag von „AufRecht Bestehen“ am 14. Oktober 2022

### Orte – Gruppen - Aktivitäten

### Etikettenschwindel „Bürgergeld“ – Wir fordern eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung!

The logo consists of the words 'AufRecht' and 'bestehen' written in a red, cursive, handwritten style. 'AufRecht' is on the top line and 'bestehen' is on the bottom line, both in red ink.

Berlin, den 10.10.2022

#### *Pressemitteilung*

#### **Die Existenzangst wächst – es droht massive Verarmung**

Ob bei den Lebensmitteln, den Energiekosten, der Miete oder anderen Ausgabeposten: Die Preise steigen in hohem Tempo. Besonders für diejenigen, die schon vor der Krise finanziell nicht über die Runden gekommen sind, prekär Beschäftigte, arme Rentner\*innen und Bezieher\*innen von Grundsicherungsleistungen, ist die Aussicht auf Herbst und Winter äußerst düster. Viele Menschen fürchten, bald ganz ohne Heizung und Strom dazustehen oder am Ende des Monats hungern zu müssen. Die bisher von der Bundesregierung geplanten Entlastungen ändern daran wenig, sie sind völlig unzureichend. Den größten Anteil beim jüngsten Entlastungspaket hat zudem die geplante Steuerentlastung, von der der Chefarzt achtmal so stark profitiert wie die Kassiererin.

#### **Wir fordern eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung**

Das geplante „Bürgergeld“ setzt trotz kleiner Verbesserungen Hartz IV als System der Verarmung und der Angst weiter fort. Daran ändert auch die zum 1.1.2023 angekündigte Anpassung der Regelsätze an die Inflation der letzten Monate wenig. 502 statt 449 Euro für eine alleinstehende Person sollen die Menschen in der Grundsicherung über den Monat bringen. Doch das ist bei weitem nicht genug. Die Anpassung kommt viel zu spät und geht von einem kleingerechneten Ausgangswert aus, der schon jetzt nicht zum Leben reicht. Auf den Tag gerechnet steht Betroffenen so sehr wenig Geld zu, von dem sie dann Lebensmittel, Strom, Kleidung, Schuhe, Anschaffung von Möbeln, und vieles andere bezahlen sollen – sofern das Jobcenter nicht schon etwas davon für ein vorheriges Darlehen o. ä. aufrechnet. Für Lebensmittel bleiben so rechnerisch knapp 6 Euro pro Tag übrig. Dass das reicht, glauben offenbar nicht einmal die Leitungen der Jobcenter mehr, die von NRW haben schon Anfang 2022 in einem offenen Brief eine sofortige Erhöhung der Regelsätze um 100 Euro verlangt!

### **Wir fordern konkret:**

- Die Regelsätze müssen auf mindestens 678 Euro ab 2023 erhöht werden. Bis dahin ist ein sofortiger monatlicher Zuschlag von mindestens 150 Euro notwendig.
- Der Strom muss zusätzlich zum Regelsatz übernommen werden.
- Bei massiven Preissteigerungen muss der Regelsatz zügig angeglichen werden.
- Die Wohnkosten einschließlich Heizkosten müssen für alle Grundsicherungsempfänger\*innen vollständig in tatsächlicher Höhe übernommen werden.
- Der Regelsatz soll das Existenzminimum sichern und Teilhabe ermöglichen. Leistungskürzungen wie zum Beispiel Sanktionen müssen deshalb ausgeschlossen werden.

### **Es reicht!**

Das „Bündnis AufRecht bestehen“ will die Unzufriedenheit und die Wut vieler Menschen bei einem dezentralen Aktionstag unter dem Motto „Bürgergeld: Für eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung“ klar zum Ausdruck bringen. Bisher haben bereits Gruppen in Berlin, Bonn, Dortmund, Herne, Koblenz, Kaiserslautern, Münster, Oldenburg und Wolfsburg verschiedene Aktivitäten angekündigt, die vor allem am 14. Oktober stattfinden sollen. Wir sind sicher, dass noch mehr dazu kommen. Eine Übersicht, wo etwas stattfindet, gibt es hier: <https://www.erwerbslos.de/aktivitaeten/792-uebersicht-ueber-bisher-geplante-aktionen-rund-um-den-aktionstag-14-10-2022>

*Weitere Auskünfte:*

*Heike Wagner/ Rainer Timmermann, KOS, Tel 030/ 868 767 00*

*Siehe ferner: [www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de)*

**Das Bündnis ‚AufRecht bestehen‘** wird getragen von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), „ARBEITSLOS – NICHT WEHRLLOS“ Wolfsburg (ANW), Gruppe Gnadenlos Gerecht Hannover, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-KV Bonn/Rhein-Sieg, Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen (BAG-PLESA), Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ), Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal, ver.di Bundeserwerbslosenausschuss, Widerspruch e.V. Bielefeld sowie viel

Interview mit Rainer Timmermann zur Kritik am geplanten Bürgergeld zum Aktionstag in der jungen Welt vom 13.10.22:

<https://www.jungewelt.de/artikel/436525.sozialpolitik-so-wird-keine-menschenw%C3%BCrdige-teilhabe-gesichert.html>

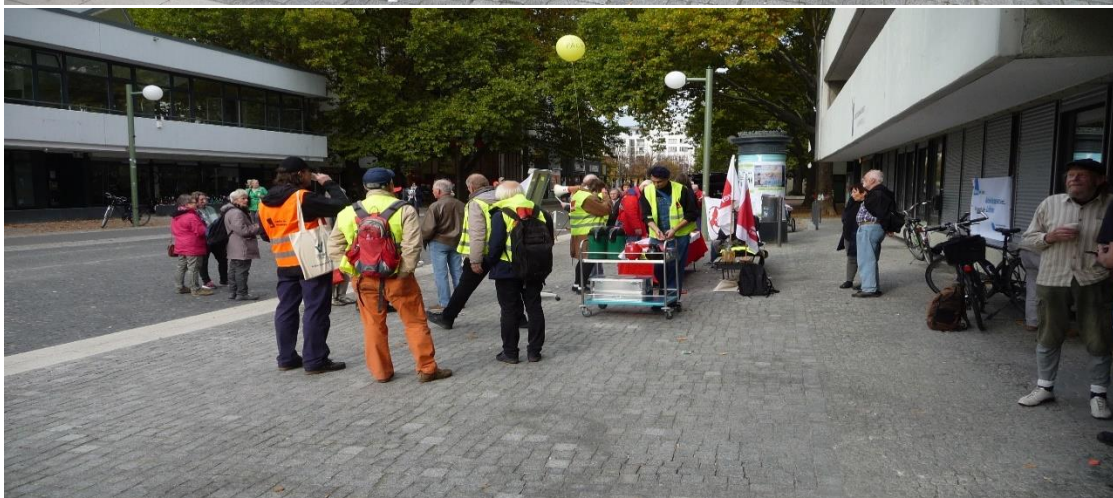
# Berlin

## Gruppen:

- **AK Arbeitslosigkeit IG Metall Berlin**
- **Erwerbslosenausschuss ver.di Berlin**
- **AK Erwerbslose IG BAU Berlin**
- **Gewerkschaftlicher Erwerbslosenarbeitskreis Südbrandenburg (GELA)**
- **ver.di Cottbus**
- **KOS**

## Aktivitäten:

### Infostand/Kundgebung am 14.10. auf dem Mehringplatz in Kreuzberg









# Auf Recht bestehen

## Etikettenschwindel „Bürgergeld“ –

### Wir fordern eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung!

13,8 Millionen Menschen lebten in der Bundesrepublik nach Auskunft des aktuellen Armutsberichts des Paritätischen Gesamtverbandes bereits 2021 in Armut. Die aktuelle Energie- und Inflationsskrise dürfte diese erschreckende Zahl nochmal massiv erhöhen. Im August 2022 lag die offizielle Inflationsrate bei 7,9 Prozent. Doch diese Zahl bildet das reale Problem für einkommensarme Haushalte nur ungenügend ab. Ebenfalls im August stiegen die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um 15,7 Prozent, die Verbraucherpreise für Strom sogar um 16,6 Prozent! Und das scheint bei weitem noch nicht das Ende der Fahnenstange zu sein. So prognostiziert die Bundesbank für den Herbst eine Inflationsrate von zehn Prozent, das arbeitgebernahe Ifo-Institut geht bis Anfang 2023 gar von elf Prozent Inflation aus.

Besonders für diejenigen, die schon vor der Krise finanziell nicht über die Runden gekommen sind prekär Beschäftigte, arme Rentner\*innen und Bezieher\*innen von Grundsicherungsleistungen, ist die Aussicht auf Herbst und Winter äußerst düster. Viele einkommensarme Haushalte haben bereits in den letzten Wochen ihre neuen Abschläge für die monatlichen Stromvorauszahlungen erhalten und verzweifeln angesichts ihrer Lage. Die eklatant gestiegenen Stromkosten sind jetzt zu zahlen und nicht erst im nächsten Jahr. Bereits 2021 wurde 230.000 Haushalten der Strom abgestellt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen konnten. Es ist zu befürchten, dass es in naher Zukunft in weit mehr Wohnungen dunkel bleibt. Die bisher von der Bundesregierung bereitgestellten bzw. geplanten Entlastungen sind völlig unzureichend, um diesem Problem wirksam zu begegnen.

**Hartz-IV wirklich überwinden statt neu etikettieren!**

Mitte September hat die Bundesregierung nun mitgeteilt, wie weit sie die Regelsätze anheben will, die im neuen, von Politik und Medien als „Überwindung des Hartz-IV-Systems“ gefeierten „Bürgergeld“ vorgesehen sind. 502 statt 449 Euro für eine alleinstehende Person, also ganze 53 Euro mehr als der bisherige Regelsatz sollen ab 2023 Menschen in der Grundsicherung über den Monat bringen. Knappe zwölf Prozent mehr Geld – das klingt zunächst tatsächlich gut, bei genauerem Hinsehen entpuppt es sich jedoch als ein Tropfen auf den heißen Stein, da es zwölf Prozent mehr auf einen Betrag sind, der für ein einigermaßen auskömmliches Leben vorne und hinten nicht reicht.

Eine Reform des Systems der Existenzsicherung, die das repressive, Armut und Angst verursachende Hartz IV-System tatsächlich überwinden würde, ist längst überfällig. Leider lässt der vorliegende Gesetzesentwurf erhebliche Zweifel daran aufkommen, dass es der Regierung darum tatsächlich geht. Es ist durchaus anzuerkennen, dass einige Aspekte des geplanten „Bürgergeldes“ Verbesserungen gegenüber den bisherigen Regelungen beinhalten, eine „Überwindung“ des Hartz-IV-Systems findet aber nicht statt.

So ist die im „Bürgergeld“-Konzept vorgesehene Erhöhung der Regelsätze völlig unzureichend und das nicht nur angesichts der immensen Preissteigerungen in nahezu allen Bereichen. 53 Euro mehr wären auch ohne die aktuelle Krise viel zu wenig! Notwendig ist eine

Weitere Informationen auf: <https://www.erwerbslos.de/aktivitaeten>

deutliche Erhöhung der Regelsätze auf mindestens 678 Euro im Monat und ihre sofortige Anpassung bei größeren Preissteigerungen in den besonders relevanten Bereichen der Existenzsicherung! Dringend erforderlich ist eine Anpassung noch in diesem Herbst – der Bedarf ist jetzt da und nicht erst im Januar! Selbst die Jobcenter-Leiter\*innen aus Nordrhein-Westfalen haben Anfang des Jahres bereits 100 Euro mehr bei den Regelsätzen gefordert!

Die Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten für zwei Jahre ist für Neuantragsteller\*innen eine vorübergehende Verbesserung. Das ist besser als bisher, aber reicht nicht aus! Notwendig ist die dauerhafte Übernahme der Wohnkosten einschließlich der Heizkosten in voller Höhe für alle Beziehenden!

Der Bereich der Haushaltsenergie muss aus dem Regelbedarf herausgenommen und bis zu einem am Stromspiegel orientierten Grundverbrauch übernommen werden.

Weiterhin fordern wir, dass die explodierenden Energiekosten bis zur gesetzlichen Regelung des „Bürgergeldes“ durch vollständige Übernahme bis dahin entstandene Abschläge und Nachzahlungen abgedeckt werden.

Während Friedrich Merz der Meinung ist, die Bundesregierung habe mit der Abschwächung

der möglichen Sanktionen das „Prinzip Fördern und Fördern aufgeben“, begrüßen wir dies als einen Schritt in die richtige Richtung. Die vielzitierte „Bürgerfreundlichkeit“ und „Augenhöhe“, die mit der Einführung des „Bürgergeldes“ Einzug in die Arbeitsvermittlung halten soll, ist jedoch nur zu erreichen, wenn alle Sanktionen abgeschafft werden und sämtliche Maßnahmen auf freiwilliger Basis erfolgen.

Die Leistungen des „Bürgergeldes“ müssen für alle hier lebenden Menschen einfach, schnell und frei von Willkür und Schikane zugänglich sein.

Beim Zugang zu Leistungen darf es weder Ausschlüsse von EU-Bürger\*innen geben, noch unnötige Hürden bei der Antragsstellung.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen eine Kindergrundsicherung erhalten, die klar über die Zusammenfassung bisheriger Leistungen für Kinder hinausgehen muss.

Es gibt also erheblichen „Nachbesserungsbedarf“. Damit zu unseren Gunsten „nachgebessert“ wird und sich mit dem „Bürgergeld“ ein menschenwürdiges Leben bestreiten lässt, braucht es Druck von unten. Der bundesweite Aktionstag am 14. Oktober ist dafür eine gute Gelegenheit.

\* Das Bündnis AufRecht bestehen wird getragen von: Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), „ARBEITSLOS - NICHT WEHRLOS“ Wolfsburg (ANW), „AufRecht bestehen“ Rhein-Main, Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen (BAG-PLESA), Bundes-Erwerbslosen-Ausschuss Gewerkschaft ver.di, Duisburger Initiative „AufRecht bestehen!“, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-KV Bonn/Rhein-Sieg, Gruppe Gnadenlos Gerech Hannover, Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ), Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal, Widerspruch e.V. Bielefeld und anderen örtlichen Bündnissen und Initiativen.



Koordinierungsstelle  
gewerkschaftlicher  
Arbeitslosengruppen  
Föderation gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e.V.



V.i.S.d.P.: Heike Wagner, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin



# Kaiserslautern

Gruppen:

- Sozialforum Kaiserslautern

Aktivitäten:

Podiumsdiskussion am 14.10.: „Mit Energie aus der Krise - Solidarität - aber nicht mit Konzernen!“

Kundgebung und Demo am 15.10.







© Christian Ratz



© Christian Ratz



© Christian Ratz



# Bonn

## Gruppen:

- Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB Bonn/ Rhein-Sieg
- Ortsverein ver.di Bonn
- "Wir sind Armutsbetroffen",
- DGB
- Vertreter\*innen belgischer Gewerkschaften
- Mieterbund Bonn/Rhein-Sieg/Ahr,
- Attac
- Parents for Future
- Sozialreferat Asta Uni Bonn

Aktivitäten: Standkundgebung am 20.10. auf dem Münsterplatz



## In der Krise Armutsbetroffene zuerst absichern !

**Auf  
Recht  
bestehen**

- Ein würdiges Leben und  
Teilhabe ermöglichen -

**Standkundgebung im Rahmen des  
bundesweiten Aktionstages**

**Wann:** Do, 20.10.2022, 17:00 -19:00 Uhr  
**Wo:** Münsterplatz, Bonn Innenstadt  
**Wer:** Bündnis „AufRecht bestehen“

**Macht mit!**

### **Die Existenzangst wächst - es droht eine weitere massive Verarmung**

Preissteigerungen bei den Lebensmitteln, bei den Energiekosten und immer weiter steigende Mietkosten: Insbesondere für diejenigen, die schon vor der Krise finanziell nicht über die Runden gekommen sind, z.B. prekär Beschäftigte, Beziehende von Grundsicherungsleistungen, arme Rentner\*innen, Studierende, Wohngeldbeziehende u.a., ist die Aussicht auf Herbst und Winter äußerst düster. Viele Menschen fürchten, bald ganz ohne Heizung und Strom dazustehen oder am Ende des Monats hungern zu müssen. Die bisher von der Bundesregierung geplanten Entlastungen ändern daran wenig, sind sie doch völlig unzureichend. Den größten Anteil beim jüngsten Entlastungspaket hat die geplante Steuerentlastung, von der der Chefarzt achtmal so stark profitiert wie die Kassiererin.

### **Es reicht!**

#### **Etikettenschwindel „Bürgergeld“ - Wir fordern eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung für Erwerbslose, Armutsrentner\*innen, Erwerbsunfähige und Asylbewerber\*innen**

Das geplante „Bürgergeld“ setzt Hartz IV als System der Verarmung und der Angst fort. Daran ändert auch die angekündigte Anpassung der Regelsätze an die gestiegene Inflation wenig. 502 statt 449 Euro für eine alleinstehende Person sollen ab 2023 die Menschen in der Grundsicherung über den Monat bringen. Die Anpassung kommt viel zu spät und geht vor allem von einem kleingerechneten Ausgangswert aus, der schon jetzt nicht zum Leben reicht.

### **Wir fordern:**

- Die Regelsätze müssen auf mindestens 678 Euro ab 2023 erhöht werden. Bis dahin ist ein sofortiger monatlicher Zuschlag von mindestens 150 Euro notwendig.
- Der Strom muss zusätzlich zum Regelsatz übernommen werden.
- Bei massiven Preissteigerungen muss der Regelsatz zügig angeglichen werden.
- Die Wohnkosten einschließlich Heizkosten müssen für alle Grundsicherungsempfänger\*innen vollständig in tatsächlicher Höhe übernommen werden.
- Der Regelsatz soll das Existenzminimum sichern und Teilhabe ermöglichen.
- Leistungskürzungen wie zum Beispiel Sanktionen müssen deshalb ausgeschlossen werden.





Die Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-Kreis Bonn / Rhein Sieg trifft sich an jedem zweiten Donnerstag im Monat um 18:00 Uhr im DGB-Haus, Endenicher Str. 127, 53115 Bonn

**Kommt vorbei!**

V.i.S.d.P.: Horst Lütke, c.o. GEW Stadtverband, Endenicher Str. 127, 53115 Bonn





General-Anzeiger Bonn vom 21.10.22:

## GA 21.10.2022 Bündnis fordert höhere Sätze der Grundsicherung

Bei einem Aktionstag auf dem Münsterplatz sprechen Gewerkschaften und von Armut Betroffene über steigende Preise

**BONN.** Die Frage, was die Demonstranten auf dem Münsterplatz am Donnerstagabend vom geplanten Bürgergeld halten, könnte man wohl mit einem Wort beantworten: nichts. Unter dem Motto „In der Krise Armutsbetroffene zuerst absichern!“ hatte das „Bündnis Auf-Recht bestehen“ eingeladen, ein Zusammenschluss unter anderem aus der Gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppe des DGB-Ortsverbands Bonn/Rhein-Sieg und einer ganzen Reihe anderer Organisationen von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg bis zur Gewerkschaft Er-

ziehung und Wissenschaft (GEW). Nicht nur in Bonn fanden und finden in diesen Oktobertagen Kundgebungen zu diesem Thema statt. Die Motivation scheint ein Amalgam aus dem ab 1. Januar geplanten Bürgergeld und den steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten zu sein, die insbesondere diejenigen empfindlich treffen werden, die heute schon kaum genug Einkommen haben, um über die Runden zu kommen.

Insbesondere das Bürgergeld aus dem Haus von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), das das

Arbeitslosengeld II (im Volksmund Hartz IV) zum Jahreswechsel ablösen soll, war den Kundgebenden auf dem Podium ein Dorn im Auge. Horst Lüdtke von der Bonner GEW sagte in seinem Redebeitrag, dass die mit dem Bürgergeld angedachte Erhöhung des Regelsatzes von 449 auf 502 Euro für Erwachsene nicht ausreichend sei, um in Würde Leben zu können. Die Forderung des Bündnisses: eine Erhöhung auf 678 Euro pro Person. Stromkosten sollte der Staat zusätzlich zum Regelsatz übernehmen ebenso wie Wohn- und Heizkosten. Die Unterstützung

für Studenten beim Bafög müsste ebenfalls verbessert werden, von denen fast jeder Dritte, so Lüdtke, von Armut betroffen sei.

Auch waren unter den Rednern eine ganze Reihe von Menschen, die aus ihrer Erfahrung mit schmalen Einkommen berichteten. Thomas Wasilewski aus Mönchengladbach gehörte zu ihnen. Der dreifache Familienvater bekomme nach einer Erkrankung mit nunmehr 59 Jahren eine schmale Rente. „Wir kommen oft nicht über den Monat und müssen zur Tafel gehen.“ Das hätte er sich in seinem Arbeitsleben nie

vorstellen können. Der Sozialverband VdK hat Wasilewski als einen Musterkläger gegen die Höhe der Grundsicherung ausgewählt. Durch alle Distanzen wolle er gehen, notfalls bis zum Bundesverfassungsgericht.

Oder eine 41-Jährige namens Hilde, die als Alleinerziehende in Teilzeit arbeitet und die komplizierten Verfahren in den verschiedenen Behörden schilderte, um Wohngeld, Kinderzuschuss oder einen Ferienfreizeitbonus zu beantragen, was oft beschämend sei und „möglicherweise absichtlich kompliziert“. *kph*



# Hannover

Gruppen:

- ver.di-Erwerbslosenausschuss Niedersachsen-Bremen

**Aktivitäten: Verabschiedung einer Pressemitteilung und Aktion des Erwerbslosenausschusses im Rahmen seiner Konferenz am 13. Oktober**

Hannover, 14. Oktober 2022



## **Erwerbslose im ver.di-Landesbezirk Niedersachsen Bremen mahnen: „Die Existenzangst wächst, wir brauchen eine armutsfeste Grundsicherung.“**

Erwerbslose aus dem ver.di-Landesbezirk Niedersachsen Bremen haben sich heute an der bundesweiten Aktion des Bündnisses: „AufRecht bestehen“ beteiligt. Im Rahmen ihrer Landesbezirkskonferenz in Bremen richteten sie einen Appell an die Regierungen der Länder und an die Bundesregierung: „Die Existenzangst wächst, wir brauchen eine armutsfeste Grundsicherung.“

Die Konferenz der Erwerbslosen zeigte sich solidarisch mit allen Menschen, die von weiterer Armut bedroht sind. Im Rahmen des Treffens forderte Dagmar König, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes: „Die Erhöhung des Regelsatzes zum 1. Januar 2023 im Rahmen des Bürgergeldes darf nur ein erster Schritt sein. Energiekrise und Inflation erfordern mehr Handeln der Regierungen in den Ländern und dem Bund für die Einkommensärmsten der Gesellschaft.“ Für eine Umsetzung des neuen Konzeptes Bürgergeld müssten auch entsprechend die Jobcenter besser ausgestattet werden, um Betroffene angemessen fördern zu können, sagte König weiter.

Das geplante Bürgergeld setzt, aus Sicht des Bündnisses „AufRecht bestehen“, trotz kleiner Verbesserungen die Hartz IV-Regeln als System der Verarmung und der Angst weiter fort. 502 statt wie bislang 449 Euro für eine alleinstehende Person sollen die Menschen ab dem 1. Januar 2023 in der Grundsicherung über den Monat bringen. Aus Sicht des Bündnisses kommt die Anpassung zudem viel zu spät und geht von einem kleingerechneten Ausgangswert aus, der schon jetzt nicht zum Leben reicht.

„Mit dem Bürgergeld verbinden wir Repressionsfreiheit, Chancenförderung, sowie eine Ermöglichung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Diesen auch politisch formulierten Ansprüchen wird das aktuelle Bürgergeld noch nicht gerecht“, sagt Detlef Ahting, der Landesleiter der Gewerkschaft ver.di in Niedersachsen und Bremen.

Rückfragen: Matthias Hoffmann: 0151/14270509

Vereinte Dienstleistungs-  
gewerkschaft

Landesbezirk  
Niedersachsen-Bremen

PRESSEINFORMATION

V.i.S.d.P.:  
Tobias Morchner  
Pressesprecher  
ver.di-Landesbezirk  
Niedersachsen-Bremen  
Goseriede 10, 30159 Hannover  
Tel.: 0511/12400-105 u. -106  
mobil: 0170 7812412  
Mail: [pressestelle.nds-hb@verdi.de](mailto:pressestelle.nds-hb@verdi.de)







# Wanne-Eickel

## Gruppen:

- Zeppelin Zentrum
- Arbeitslosenzentrum Herne e.V.

Aktivitäten: Pressekonferenz am 27.09.; Info-Aktionsstand am 19.10.22

„WAZ“ am 28.09.

## „Schluss mit der Gießkanne!“

Ärmere Menschen müssen durch zielgenauere Hilfe entlastet werden, fordern Beratungsstellen

### Lars-Oliver Christoph

Die Forderung der Herner Beratungsstellen? Eine Selbstverständlichkeit. Die Umsetzung wird allerdings noch schwieriger als bisher schon. „Allen Menschen muss ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden“, erklären die beiden Arbeitslosenzentren, die Schuldnerberatung und die evangelische Kirche.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz warnen sie am Dienstag vor dem Hintergrund der Energiekrise vor einer weiteren Zuspitzung der Situation, geißeln die Diskriminierung ärmerer Menschen, geben Tipps für Betroffene und richteten einen Appell an die politischen Verantwortlichen: „Schluss mit der Gießkanne!“

### Vorwurf: Härtefälle werden häufig nicht anerkannt

„Es gibt derzeit Hilfen nach dem Gießkannenprinzip, die auch jene erreichen, die sie gar nicht brauchen“, erklärt Dagmar Spanenberg-Mades von der evangelischen Arbeitslosenberatung Zeppelin-Zentrum. Ärmere Menschen müssten durch eine zielgenauere Unterstützung entlastet werden.

Die gestiegenen Preise für Energie würden in Zukunft auch in Herne viele soziale Notlagen hervorrufen. Unterstützungen zum Beispiel durch Hilfs-Fonds („Herne solidarisch“), zusätzliche Mittel der Kirchen oder sogar Wärmestuben würden dabei unumgänglich sein. „Darüber hinaus müssen die betroffenen Menschen darüber informiert

### Gesetzliches Verbot von Energiesperren

#### Für die Beratungsstellen

**steht fest:** Es müsse ein gesetzliches Verbot von Energiesperren geben. Die Stadtwerke Herne lehnen dies derzeit mit dem Verweis auf drohende Liquiditätsgengpässe ab.

**In einem „Positionspapier“ zur Krise** hat die Herner SPD neben einem „Schutzschirm für Stadtwerke“ zumindest gefordert, dass kurzfristige Zahlungsausfälle durch Energiepreiserhöhungen nicht automatisch zu Sperren führen dürften.

werden, dass sich durch höhere Abschläge und Nachforderung Ansprüche auf Sozialleistungen ergeben könnten.“

Bei Erhöhung der Pauschalen auf Grund der Preisentwicklung und bei Nachforderungen für Heizkosten müssten die Grundsicherungssysteme diese im Rahmen der Kosten der Unterkunft übernehmen. Weniger eindeutig sei die Lage bei Erhöhung der Pauschale aufgrund der Preisentwicklung und bei Nachforderungen bei Haushaltsenergie.

In den Gesetzen gebe es zwar „Härtefallparagrafen“, die Ansprüche als Beihilfe oder Darlehen ermöglichen könnten. „Hier gibt es aber bereits vermehrt Ablehnungen“, weiß auch Andrea Leyk von der Herner Schuldnerberatung. Es werde wohl künftig auch darum gehen, rechtliche Möglichkeiten durchzusetzen, so Franz-Josef Strzalka vom Arbeitslosenzentrum Herne. Im Oktober wollen die Beratungsstellen bei einem Aktionstag in Wanne-Eickel darüber informieren, was für Möglichkeiten der Unterstützung es gibt und worauf zu achten ist.

Über die aktuelle Krise hinaus pöchen die Beratungsstellen (erneut) auf eine deutliche Erhöhung

der Sozialleistungen. Das neue „Bürgergeld“ in Höhe von 503 Euro ermögliche gerade mal einen Inflationsausgleich. „Ich habe Schwierigkeiten damit, diese Leistung Bürgergeld zu nennen, weil sich im Grunde nichts geändert hat“, so Spangenberg-Mades. Eine weitere zentrale Forderung zielt auf die Einnahmeseite des Staates: „Wir müssen jetzt verstärkt auf die Reichen gucken. Wir haben zwei, drei Familien, die verdienen so viel wie die ärmere Hälfte in Deutschland zusammen.“

Was erschwerend zu den finanziellen Nöten hinzukomme: „In der ganzen Debatte werden die Sozialleistungen beziehenden Menschen immer wieder diffamiert.“ Das geschehe durch Teile der Medien und der Politik, sagt Spangenberg-Mades und nennt in diesem Zusammenhang als Beispiel Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP). Oft sei von mangelnder Motivation als Erklärung für Sanktionen die Rede. Die Realität sei eine andere: „Das bestehende Hartz-IV-System demotiviert, bremst aus, bedrückt, macht krank.“ Große Defizite beklagt sie auch bei der Erreichbarkeit und Zugänglichkeit der Sozialbehörden.



## Zielgerichtete Hilfen statt Gießkannenprinzip

Zeppelin-Zentrum, Arbeitslosenzentrum Herne e.V., Schuldnerberatung und Gemeindepfarrer Horst-Hermann Bastert fordern Maßnahmen gegen wachsende Armut

Herne. Sowohl in den Beratungsstellen als auch an der Tür des Pfarrhauses wird es immer mehr spürbar, dass Menschen nicht über ausreichende Mittel verfügen und oft am Ende des Monats nicht mehr wissen, was sie in den verbleibenden Tagen essen sollen. „Die Sozialleistungen waren schon vor der Corona-Zeit nicht bedarfsdeckend, was z.B. durch den Regelsatzanteil für Lebensmittel und Getränke von 5,19 Euro täglich belegt sein dürfte“, sagt Dagmar Spangenberg-Mades, die Leiterin des Zeppelin-Zentrums. „Aus diesem Grund konnten die Betroffenen keinerlei Rücklagen bilden und eine Anschaffung – etwa einer Waschmaschine oder eines Kinderwagens – stellen ein unlösbares Problem dar“, berichtet Pfarrer Horst-Hermann Bastert von der Petrus-Kirchengemeinde.

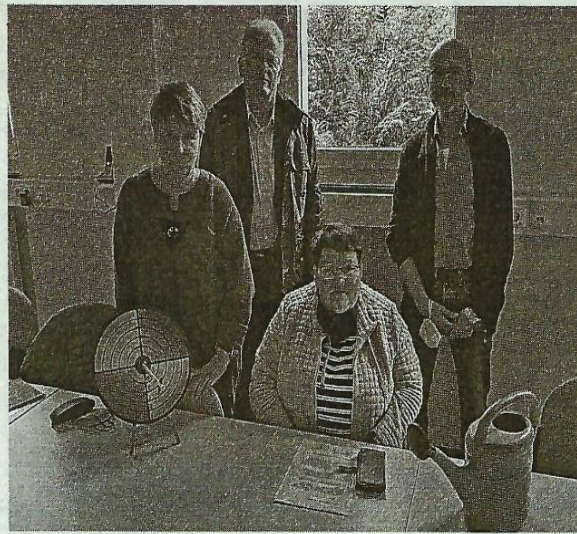
„Die Folgen der Coronapandemie und die jüngsten Preissteigerungen insbesondere für Lebensmittel und Energie stellen für diese Menschen eine existenzielle Bedrohung dar, die auch massive Auswirkungen auf die seelische Gesundheit haben kann“, wie sowohl Spangenberg-Mades als auch Franz-Josef Strzalka vom Arbeitslosenzentrum ALZ der Caritas aus ihrer tagtäglichen Beratungsarbeit berichten. „Inzwischen flattern den betroffenen Menschen die Schreiben mit den erhöhten Abschlagsbeträgen für Heizkosten und Strom ins Haus“, wie Andrea Leyk von der Schuldnerberatung anmerkt. Sie befürchtet, dass zukünftig Insolvenzverfahren nur we-

gen des Energielieferanten als einzigem Gläubiger auf sie zukommen.

Die Beratungseinrichtungen stellten in einem Pressegespräch Fälle aus ihrer tagtäglichen Praxis vor. Darüber hinaus präsentierten sie einen Katalog, der im Kern zielgenaue Hilfen für Bedürftige an Stelle von Entlastungen nach dem Gießkannenprinzip fordert. Im Einzelnen sind darin folgende Hauptforderungen enthalten:

Staatliche Hilfen müssen diejenigen erreichen, die ihrer bedürfen – nicht alle benötigten beispielsweise ein 9-Euro-Ticket oder die Energiepauschale. Kindergeld sollte es in erster Linie für Familien mit geringem Einkommen geben. „Nicht länger mit der Gießkanne Entlastungen gewähren, sondern zielgerichtet Bedürftige unterstützen, z.B. durch deutlich erhöhte Transferleistungen und negative Einkommenssteuer auf niedrige Einkommen“, so Spangenberg-Mades. „Immer weiter fortschreitende Verarmung und Verschuldung sind nicht hinnehmbar und stehen dem christlichen Menschenbild diametral entgegen.“

Es gehe vor allem um gerechtere Verteilung. „Reichtum ist hier und weltweit rasant gewachsen – gleichzeitig wächst die Armut“, so Leyk. „Reiche müssen stärker in der Pflicht genommen werden.“ Denn allen Menschen müsse ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden. „Dazu müssen Sozialleistungen entsprechend angehoben werden“, so Spangenberg-Mades. „503 Euro, wie im neuen Bürger-



Dagmar Spangenberg-Mades, Pfarrer Horst-Hermann Bastert, Andrea Leyk und Franz-Josef Strzalka (von links mit einer Gießkanne, die die jetzigen politischen Entlastungsmaßnahmen symbolisiert und der Zielscheibe als Symbol für die Forderung nach Maßnahmen, die dort ankommen, wo sie dringend benötigt werden.

FOTO: PRIVAT

geld vorgesehen, decken gerade mal die aktuelle Inflation; die Regelleistung muss auf mindestens 650 Euro steigen.“ Die Höhe der Regelleistung solle sich nicht nach dem Einkaufsverhalten armer Menschen bemessen, sondern daran, was ein Mensch benötigt, um ein Leben in Würde und mit Teilhabechancen führen zu können. „Außerdem müssen die tatsächlichen Wohn- und Energiekosten übernommen und Energiesperren gesetzlich verboten werden.“

Neben den finanziellen gebe es für Betroffene auch andere Probleme, betonte die Leiterin des Zeppelin-Zentrums. „Sozialleistungsbezieher werden latent

difframiert – durch Teile der Politik, in Medien, gesamtgesellschaftlich“, sagt sie. „Oft ist von mangelnder Motivation beispielsweise als Erklärung für Sanktionen die Rede; die Realität ist aber eine Andere. Das bestehende Hartz IV-System demotiviert, bremst aus, bedrückt, macht krank, bringt Menschen in Existenznot. Es braucht keine Sanktionen, sondern ein verantwortungsvolles Miteinander zwischen Leistungsbeziehern und Behörde. Dazu gehören auch die Zugänglichkeit und Erreichbarkeit der Sozialbehörden.“

Alle Beteiligten erwarten, dass der Unterstützungs- und Beratungsbedarf nochmals stark anwachsen wird.

Wichtig ist ihnen dabei auch der Hinweis, dass erhöhte Abschläge und Nachzahlungen auch Leistungsansprüche auf Sozialleistungen auslösen können. Bei Erhöhung der Pauschale und bei Nachforderungen von Heizkosten müssten die Grundversicherungssysteme diese für die Leistungsbezieher im Rahmen der Kosten der Unterkunft übernehmen. Bei Erhöhung der Pauschale auf Grund der Preisentwicklung und bei Nachforderungen bei Haushaltenergie sei die Lage nicht so eindeutig. Aber sowohl das SGB II (Hartz IV) als auch SGB XII (Sozialhilfe) und das Asylbewerberleistungsgesetz haben entsprechende Paragrafen, die im

Kern Härtefallregelungen darstellen und Ansprüche als Beihilfe oder als Darlehen (bei gleichzeitigem Verzicht auf Rückzahlungen) ermöglichen. Dieses müsste gegebenenfalls gerichtlich eingeklagt werden. Auch Nichtleistungsbezieher können aus besagtem Grund Ansprüche nach dem SGB II/XII haben. Bedeutsam ist hier, dass die Leistungen im Monat der Fälligkeit der Forderung beantragt werden. Aufgrund der bevorstehenden Wohngeldreform werden zukünftig mehr Menschen zum Kreis der Berechtigten auf diese Leistung gehören. Hier müssen sich Menschen, die derzeit noch nicht im Leistungsbezug sind, informieren, ob sie zukünftig leistungsberechtigt sind.

Die Schuldnerberatung befürchtet, dass zukünftig allein wegen Energieschulden Insolvenzverfahren eingeleitet werden müssen, und empfiehlt dringend mögliche Ansprüche auf Sozialleistungen prüfen zu lassen, bevor ein Kredit wegen Energieschulden aufgenommen wird. Zeppelin-Zentrum und ALZ arbeiten an einem übersichtlichen Flyer, der weitere Aufklärung bringen soll und beim nächsten Aktionstag am 19. Oktober vor der Christuskirche in Wanne-Eickel erstmals verteilt werden soll. Ihre allgemeine Empfehlung lautet: Die Nutzung von Beratungsstellen sowie die Nutzung von SGE II- und Wohngeld-Rechnern im Netz und im Zweifelsfall Antragstellung beim Jobcenter/Sozialamt im Monat der Fälligkeit der Forderung zu stellen. **DSH**



„Westfalenblatt“ am 15.10.:

WB 15.10.22

## Aktionstag gegen Armut

### Herner Beratungsstelle Arbeit informiert

Die Beratungsstelle Arbeit, bestehend aus Zeppelin-Zentrum und Arbeitslosenzentrum Herne, beteiligt sich unter dem Motto „Etikettenschwindel Bürgergeld – Wir fordern eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung“ an einem bundesweiten Aktionstag von Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut. Die Aktion soll am 19. Oktober von 10 bis 13 Uhr vor der Christuskirche, Hauptstraße 245, in Wanne-Eickel stattfinden.

Während der Info-Aktion wird gezeigt, dass von den bisherigen Maßnahmen Menschen mit geringem Einkommen und Menschen, die von Transferleistungen leben müssen, nur unzureichend erreicht werden. Dagegen profitieren von den

Unterstützungsleistungen vor allem wohlhabende Menschen, die keiner Unterstützung bedürfen.

Eckpunkte der Forderungen sind unter anderem die Übernahme der tatsächlichen Wohn- und Energiekosten für alle Einkommensarmen, die unbürokratische Übernahme von erhöhten Abschlägen und Nachzahlungen bei den Heizkosten durch alle Jobcenter und Sozialämter, die Übernahme der Stromkosten aus dem Regelsatz und die Übernahme der tatsächlichen Stromkosten bis zu einem am Stromspiegel orientiertem Verbrauch sowie ein gesetzliches Verbot von Strom- und Gassperrungen, wenn Privathaushalte betroffen sind.

„WAZ“ am 13.10.:

WAZ 13

## Beratungsstelle lädt zur Aktion gegen Armut ein

### Einrichtung fordert eine Erhöhung des Bürgergeldes. Aktion am 19. Oktober vor der Christuskirche

„Etikettenschwindel Bürgergeld – wir fordern eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung“ lautet das Motto eines bundesweiten Aktionstages gegen Arbeitslosigkeit und Armut, an dem sich die Herner Beratungsstelle am Mittwoch, 19. Oktober, beteiligt. Von 10 bis 13 Uhr lädt die Beratungsstelle zu einer Aktion vor der Christuskirche, Hauptstraße 245, ein.

**Bürgergeld stelle gerade einmal Inflationsausgleich dar**

Die Herner Beratungsstelle, bestehend aus Zeppelin-Zentrum und Arbeitslosenzentrum Herne e.V., wolle während der Info-Aktion zeigen, dass Menschen mit geringem

Einkommen und Menschen, die von Transferleistungen leben müssen, nur unzureichend von den bisherigen Unterstützungsleistungen zu erreichen seien. Nach dem Gießkannenprinzip würden vor allem wohlhabende Menschen von den Maßnahmen profitieren. Laut Mit-

teilung stelle das Bürgergeld mit einer Erhöhung des Regelsatzes von 53 Euro gerade einmal einen Inflationsausgleich dar.

Nach Angaben der Herner Beratungsstelle Arbeit halte der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband eine Regelleistung von 678

Euro für angemessen. Daher re die Beratungsstelle eine erhebliche Erhöhung sowie die Übernahme der tatsächlichen Wohn- und Energiekosten für alle Einkommensarmen, die Übernahme von erhöhten Abschlägen und Nachzahlungen der Heizkosten durch alle Jobcenter und Sozialämter, die Übernahme der Stromkosten aus dem Regelsatz und die Übernahme der tatsächlichen Stromkosten bis zu einem am Stromspiegel orientiertem Verbrauch und ein gesetzliches Verbot von Strom- und Gassperrungen.

Die Beratungsstelle Arbeit bei der Aktion am 19. Oktober Leistungsansprüche informier



**Die Beratungsstelle Arbeit veranstaltet am Mittwoch, 19. Oktober, eine Info-Aktion zum Aktionstag gegen Armut.** RAFFALSKI

„Hallo Herne“ am 19.10.:



Foto: Zeppelinzentrum Der Info-Aktionsstand vom Zeppelin-Zentrum und Arbeitslosenzentrum gegen wachsende Armut vor der Christuskirche in Wanne-Eickel.

## **Zeppelin-Zentrum und Arbeitslosenzentrum aktiv**

### **Aktionstag gegen wachsende Armut**

Zum bundesweiten Aktionstages veranstalteten das Zeppelin-Zentrum und das Arbeitslosenzentrum am Mittwoch (19.10.2022) ihren zweiten Aktionstag zu dem Motto „Etikettenschwindel Bürgergeld – wir fordern eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung“ - dieses Mal vor der Christuskirche in Wanne-Eickel, heißt es in einer Mitteilung von Sonntag (23.10.2022).

Sie stellten dabei heraus, dass das Bürgergeld in seiner geplanten Form diesen Namen nicht verdient, weil sowohl die vorgesehene Erhöhung der Regelleistungen als auch der zukünftig anrechnungsfreie Zuverdienst völlig unzureichend sind.

### **'Lediglich Inflationsausgleich'**

Der deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband fordert eine Regelleistung in Höhe von 678 Euro für einen Alleinstehenden. Das Bürgergeld sieht hier eine Anhebung von derzeit 449 Euro auf 503 Euro vor, was lediglich einem Inflationsausgleich entspricht.



Beim Zuverdienst wurde im Vorfeld von einer deutlichen Verbesserung gesprochen. Nun ist vorgesehen, dass Betroffene zukünftig maximal 48 Euro mehr anrechnungsfrei dazu verdienen können.

Mit Gießkanne und Zielscheibe ausgerüstet kritisierten die beiden Einrichtungen darüber hinaus anschaulich, dass von den bisherigen Entlastungsmaßnahmen vor allem wohlhabendere Menschen profitieren. Sie forderten u.a. die unbürokratische Übernahme von Abschlägen und Nachzahlungen für Energie durch die Sozialbehörden und das gesetzliche Verbot von Energiesperren. Sie wendeten sich gegen die Übernahme der Dezemberheizkosten für alle Gaskunden – Reiche eingeschlossen – und bezeichneten dieses Vorhaben als unsozial und als ein völlig falsches Signal.

## Handzettel vorbereitet

Außerdem hatten die beiden Beratungseinrichtungen einen anschaulichen Handzettel vorbereitet, um damit Menschen anzusprechen, die bislang noch nicht im Sozialleistungsbezug sind, aber mit ihren geringen Einkommen durch Preissteigerungen, vor allem bei Lebensmitteln und Energie erheblich unter Druck geraten.

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass bei diesem Personenkreis aufgrund hoher Nachzahlungen im Monat ihrer Fälligkeit Ansprüche auf Sozialleistungen entstehen können. Ein Antrag muss zwingend im Monat der Fälligkeit gestellt werden. Arbeitslosenzentrum und Zeppelin-Zentrum weisen auf entsprechende Rechner im Internet hin, empfehlen sich beraten zu lassen und im Zweifelsfall einen Antrag bei der zuständigen Sozialbehörde zu stellen.

Der Info-Aktionsstand traf in der belebten Fußgängerzone von Wanne-Eickel auf großes Interesse, heißt es. Mit Hilfe des Infomaterials wurden erste Beratungsgespräche direkt am Stand geführt und weitere vereinbart.

24. Oktober 2022, 09:06 Uhr | Quelle: Zeppelin-Zentr

# Bremerhaven

## Gruppen:

- ver.di Erwerbslosenausschuss

**Aktivitäten: Infostand vor dem Jobcenter 11-13 Uhr**



**Aktion AufRecht bestehen am 14.10.2022 vor dem Jobcenter in Bremerhaven**

**Etikettenschwindel Bürgergeld - Lug und Betrug**



Auch in diesem Jahr haben wir vorab zum Aktionstag AufRecht bestehen in Gewerkschaftskreisen breit mobilisiert. Initiiert wurde diese Aktion von dem Bündnis AufRecht bestehen, s. unten. Anlass ist die Einführung des neuen Bürgergeldes ab 1. Januar 2023.

In den Arbeitskreisen von ver.di, der GEW und der IG Metall gab es bereits im Vorfeld hitzige Debatten zu diesem Thema.

### Wir stellten fest:

Es wird keine nennenswerte Verbesserung für Erwerbslose geben, lediglich der Name Hartz IV, das im Jahr 2005 unter SPD und Grüne eingeführt wurde, soll ersetzt werden, weil es den größtmöglichen Niedriglohnsektor eingeführt hat.

Unsere Hauptforderung, die Erhöhung des Regelsatzes auf mindestens Euro 678, die wir schon bei unserer Aktion am 10.09.21 in Bremerhaven forderten wurde nicht berücksichtigt. 502 statt 449 Euro für eine alleinstehende Person sollen die Menschen in der Grundsicherung über den Monat bringen – und das bei einer Inflationsrate von 10,9 % (Stand Sept.2022). Für Lebensmittel sind gerade knapp 6 Euro/Monat vorgesehen, soziale Teilhabe ist somit gar nicht mehr möglich.

Da die Zahl der Hilfesuchenden in der letzten Zeit derart angestiegen, ist es nicht mehr möglich sich bei den Tafeln zusätzlich mit Lebensmitteln zu versorgen. Das Jobcenter verweist besseren Wissens immer noch auf diese Möglichkeit hin. Die Verrohung in unserer Demokratie nimmt fortwährend zu. Aber immerhin werden Milliarden für Rüstung bewilligt, die eigentlich dringend für Soziales benötigt werden – angeblich für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand.

Die Rentenbeiträge werden seit dem Jahr 2011 nicht mehr von der Arbeitsagentur entrichtet, dies ist schon ganz in Vergessenheit geraten. Altersarmut für Langzeitarbeitslose ist vorprogrammiert!

### Wir möchten an dieser Stelle auf die Fachliteratur und die Aussagen von:

**Prof. Christoph Butterwege** „Hartz IV und die Folgen – Der Weg in eine andere Republik“,

**Harald Thomé** „Newsletter zu Bürgergeld-Plänen“ sowie auf das Buch von **Prof. Rudolph Bauer** „Kaltes Land – gegen die Verrohung der Bundesrepublik und die Folgen durch Hartz IV“ hinweisen.





Nachdem wir alle Initiativen, die Erwerbslosenberatung in Bremen und Bremerhaven anbieten, im Vorfeld über unsere Aktion am 14.10.22 in Kenntnis gesetzt hatten, standen wir am Freitag mit Infotisch, Sandwich-Platten und Infomaterial direkt vor dem Eingang des Jobcenters in Bremerhaven. Dort informierten wir die Leistungsbezieher:innen über die Mogelpackung Bürgergeld und sie waren alle unserer Meinung, dass das Geld nicht reicht für ein menschenwürdiges Existenzminimum-

Der Leitung des Jobcenters gefiel es nicht so gut, dass wir dort Aufmerksamkeit erzeugten; sie wurde sogar richtig aggressiv. Es wurde uns tatsächlich unterstellt von Frau von Rittern wir hätten uns die Genehmigung vom Ordnungsamt wohl selbst ausgestellt – da haben wir wohl den richtigen Nerv getroffen! Die Behörde scheut die Aufklärung wie der Teufel das Weihwasser!



- Auch Radio Weser TV berichtete von unserer Aktion –

In Bremen betrug die Arbeitslosenquote im September 2022 10,5 %; Deutschlandweit lag die Arbeitslosenquote im September bei 5,4 %. D. h. Bremen hat damit die doppelte Zahl an Arbeitslosen als der Bundesdurchschnitt. In den Statistiken, wie bereits bekannt, sind nicht alle Erwerbslosen aufgeführt!

In Bremerhaven sieht es noch düsterer aus, dort betrug die Arbeitslosenquote im September 2022 sogar 13,6 %. Bremerhaven-Lehe gilt als das Armenhaus Deutschlands.

**Arbeitslosigkeit kann jeden treffen! Wir brauchen: Arbeit für alle, Löhne, die zum Leben reichen!**  
Und weil es nicht immer genügend Arbeit für alle Menschen gibt, Bürgergeld, das zum Leben reicht

Foto: Klaus Schiesewitz



Linolschnitt: Klaus Schiesewitz  
Jahr: 2013  
Titel: Massenarbeitslosigkeit



Das Bündnis ‚AufRecht bestehen‘ wird getragen von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), „ARBEITSLOS – NICHT WEHRLOS“ Wolfsburg (ANW), Gruppe Gnadenlos Gerecht Hannover, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-KV Bonn/Rhein-Sieg, Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen (BAG-PLESA), Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ), Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal, ver.di Bundeserwerbslosenausschuss, Widerspruch e.V. Bielefeld sowie vielen örtlichen Bündnissen und Initiativen

# Bremerhaven

Gruppen:

- IG Metall AK Erwerbslose mit Unterstützung des ver.di Erwerbslosenausschusses

Aktivitäten: Infostand in der Fußgängerzone bei der „Großen Kirche“ 13-15 Uhr





# Stuttgart

Gruppen:

- ver.di
- Landesarmutskonferenz
- Bündnis gegen Altersarmut

Aktivitäten: Am 19.10. Bildung einer „Schere“ aus Menschen, die die gesellschaftliche Spaltung zwischen Arm und Reich symbolisiert.









# Wedel

Gruppen:

- Arbeitslosenselbsthilfe Wedel

Aktivitäten: Kundgebung am 10.10.22

## Wedeler Sozialforum

Ein Bündnis für Erhaltung des sozialen Netzes und gegen die negativen Folgen von HARTZ IV

**874. Montagsdemo**

**Weg mit Hartz IV - Alternativen haben wir!**

Wir beteiligen uns an der bundesweiten Aktion des Bündnisses

*Auf  
Recht  
bestehen*

**Etikettenschwindel „Bürgergeld“**

**Wir fordern eine armutsfes-  
te und repressionsfreie  
Grundsicherung!**

Wir laden ein, im Rahmen der nächsten  
Montagsdemo am 10.10.22 um 17:00 auf dem  
Rathausplatz Wedel zu zeigen, welche  
Forderungen umgesetzt werden müssen, damit  
HARTZ IV wirklich abgeschafft wird.

**Treffen auf dem Wedeler Rathausplatz: Jede Woche  
bis HARTZ IV vom Tisch ist!**

**Nächstes Mal: 10.10.22 um 17:00**



Kontakt: Arbeitslosenselbsthilfe – Arbeit für  
alle e.V. Wedel Mühlenstr. 35 22880 Wedel  
04103/16221

Arbeitslosenselbsthilfe-Wedel@t-online.de

Öffnungszeiten:

Mo -Fr: 09:00 – 14:00



**Liebe Wedelerinnen und  
Wedeler!  
Liebe Kolleginnen und  
Kollegen!**

Wir zitieren aus dem Aufruf des Bündnisses:

Eine Reform des Systems der Existenzsicherung, die das repressive, Armut und Angst verursachende Hartz IV-System tatsächlich überwinden würde, ist längst überfällig. Leider lässt der vorliegende Gesetzesentwurf erhebliche Zweifel daran aufkommen, dass es der Regierung darum tatsächlich geht. Es ist durchaus anzuerkennen, dass einige Aspekte des geplanten „Bürgergeldes“ Verbesserungen gegenüber den bisherigen Regelungen beinhalten, „Überwindung“ des Hartz-IV-Systems findet aber nicht statt.

So ist die im „Bürgergeld“-Konzept vorgesehene Erhöhung der Regelsätze völlig unzureichend und das nicht nur angesichts der immensen Preissteigerungen in nahezu allen Bereichen. 53 Euro mehr wären auch ohne die aktuelle Krise viel zu wenig! Notwendig ist eine deutliche Erhöhung der Regelsätze auf mindestens 678 Euro im Monat und ihre sofortige Anpassung bei größeren Preissteigerungen in den besonders relevanten Bereichen der Existenzsicherung! Dringend erforderlich ist eine Anpassung noch in diesem Herbst – der Bedarf ist jetzt da und nicht erst im Januar! ...Die Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten für zwei Jahre ist für Neuantragsteller\*innen eine vorübergehende Verbesserung. Das ist besser als bisher, aber reicht nicht aus! Notwendig ist die dauerhafte Übernahme der Wohnkosten einschließlich der Heizkosten in voller Höhe für alle Beziehenden!

Der Bereich der Haushaltsenergie muss aus dem Regelbedarf herausgenommen und bis zu einem am Stromspiegel orientierten Grundverbrauch übernommen werden....

Die Leistungen des „Bürgergeldes“ müssen für alle hier lebenden Menschen einfach, schnell und frei von Willkür und Schikane zugänglich sein.

Beim Zugang zu Leistungen darf es weder Ausschlüsse von EU-Bürger\*innen

geben, noch unnötige Hürden bei der Antragsstellung.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen eine Kindergrundsicherung erhalten, die klar über die Zusammenfassung bisheriger Leistungen für Kinder hinausgehen muss.

Es gibt also erheblichen „Nachbesserungsbedarf“. Damit zu unseren Gunsten „nachgebessert“ wird und sich mit dem „Bürgergeld“ ein menschenwürdiges Leben bestreiten lässt, braucht es Druck von unten. Die bundesweiten Aktionen im Oktober sind dafür eine gute Gelegenheit.

Hier in Wedel am 10.10.22 um 17:00 im Rahmen der 875. Montagsdemo!

**Forderungen der  
Montagsdemo:**

- **Extra-Zahlungen für Kinder und Jugendliche für alles, was sie brauchen!**
- **Eine elternunabhängige, armutsfeste Existenzsicherung für Kinder und Jugendliche!**
- **700 € Grundsicherung! Keine Kürzung durch Sanktionen!**
- **18 € Mindestlohn bei 30 Std.- Woche Regelarbeitszeit**
- **Reiche stärker zur Kasse bitten! Für eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und eine Steuer auf große Vermögen!**
- **Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich!**
- **Arbeitsplätze im öffentlichen, sozialen und ökologischen Bereich schaffen!**

**Mitarbeit und  
Unterstützung**

Wer mitmachen und/oder sich mehr informieren will, kann das im Augenblick nur telefonisch tun: 04103/16221 oder zur nächsten Montagsdemo kommen. Spendenkonto der Arbeitslosenselbsthilfe:  
IBAN: DE11221517300015006042  
BIC: NOLADE21WED



## Demo: Beim Bürgergeld nachbessern

„Auf Recht bestehen“ mit Kritik an neuer Wohnkosten-Übernahme beim Hartz-IV-Nachfolger auch in Wedel

Inge Jacobshagen

**E**igentlich ist der Aktionstag des Bündnisses „Auf-Recht bestehen“ für ein verbessertes Bürgergeld-Konzept deutschlandweit erst für heute ausgerufen. Die Unterstützer der Arbeitslosenselbsthilfe gin-

*„Wir wollen die Abschaffung der Sanktionen für Arbeitslose für immer. Wir fordern zu fördern – und nicht umgekehrt.“*

Hans-Günter Werner  
Arbeitslosenselbsthilfe Wedel

gen in Wedel jedoch schon am Montag auf die Straße. „Wir wollen eine vernünftige Existenzsicherung“, machte Hans-Günter Werner die Forderung der Teilnehmer klar.

Hartz IV soll weg. Dafür demonstriert der Leiter des Arbeitslosenselbsthilfetreffs seit Jahrzehnten montags auf dem Rathausplatz in Wedel. Doch das Nachfolge-



Der Aktionstag, eigentlich erst heute, wurde in Wedel um drei Tage vorgezogen.

Foto: Inge Jacobshagen

modell Bürgergeld, so wie es angekündigt ist, reiche auch nicht. „Armut wird damit nicht beseitigt“, erklärt Werner. Es gebe erheblichen Nachbesserungsbedarf, damit ein menschenwürdiges

Leben möglich ist. Die Forderungen der Demonstranten: „Wir wollen die Bedürftigkeitsprüfung weghaben“, stellt Werner klar. Grundlage für die Ermittlung des Bedarfs sind

sowohl bei Hartz IV als auch beim zukünftigen Bürgergeld immer noch die Regelsätze zuzüglich angemessener Kosten für Unterkunft und Heizung. Das bedeutet, dass extra Anträge zum Bei-

spiel für einen neuen Kühlschrank nicht gestellt werden können, weil die Ausgaben dafür in der Berechnung bereits enthalten sind.

Die neuen Regelsätze seien zwar angehoben, gibt

Werner zu, aber nur unwesentlich. „Das reicht nicht“, finden nicht nur die Protestierenden, sondern auch die Sozialverbände Deutschlands.

Eine weitere Forderung: „Das Bürgergeld soll die realen Wohnkosten übernehmen.“ Bisher wurden Wohnkosten gedeckelt, erläutert Werner. War die Miete teurer als erlaubt, musste man umziehen oder die Differenz aus dem Regelsatz bestreiten. Beides sei oftmals unmöglich gewesen.

Außerdem solle das Kindergeld nicht als Einkommen gewertet werden, sagen die Demonstranten. Sie fordern eine eigenständige Kindergrundsicherung.

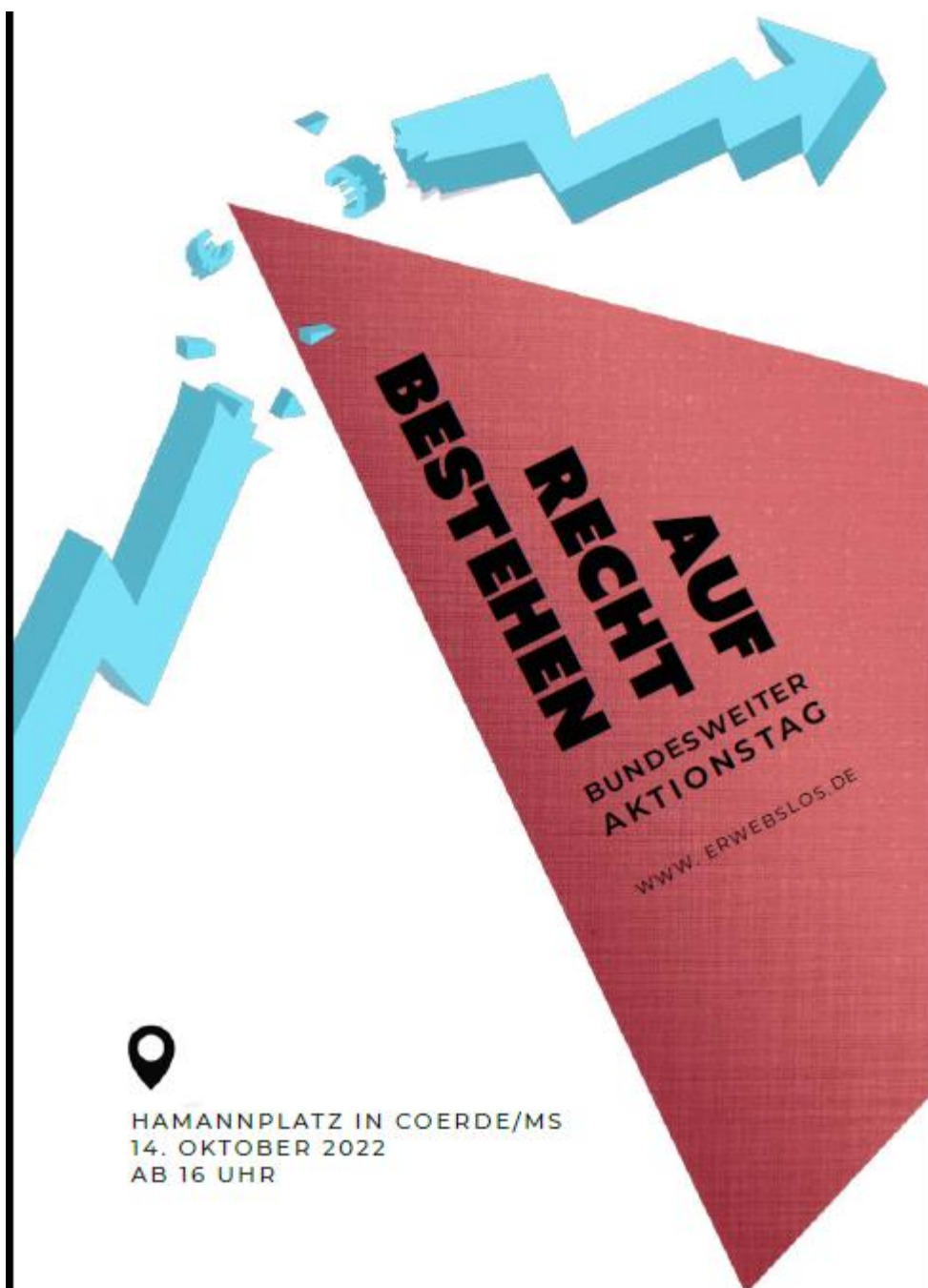
Darüber hinaus wollen sie die Sanktionen für Arbeitslose abschaffen. Die seien zwar im jetzigen Konzept fürs Bürgergeld gestrichen. Das gelte jedoch nur für eine gewisse Übergangszeit. „Wir wollen die Abschaffung der Sanktionen für Arbeitslose für immer“, macht Werner deutlich und erklärt: „Wir fordern zu fördern – und nicht umgekehrt.“

# Münster

## Gruppen:

- ver.di Ortsverband Münster
- ODAK Kulturzentrum e.V.
- SDAJ Münster
- DKP Münster

Aktivitäten: Kundgebung mit Infostand am 14.10.22







## Macht mit!

*Bundesweiter Aktionstag am 14. Oktober 2022 zum geplanten „Bürgergeld“ – Für eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung!*

Das „Bürgergeld“ darf nicht nur ein neues, wohlklingendes Etikett auf den altbekannten Inhalten sein. Wir fordern eine echte Überwindung des Systems Hartz IV, d.h. seine Ersetzung durch eine armutsfeste Existenzsicherung für alle!

Komm vorbei zum Hamannplatz in MS-Coerde am 14. Oktober 2022 ab 16 Uhr!  
Für Heizung Brot und Frieden!  
Es erwarten Euch Diskussion, Musik und Kleingkeiten zu Essen.

## Unsere Forderungen:

- Vollständige Übernahme der echten Wohnkosten für Leistungsbezieher, inklusive Heiz- und Stromkosten
- Gesetzlicher Preisstopp der Energiekosten
- demokratische Preiskontrolle
- Eine Erhöhung des Regelsatzes auf ein realistisches Niveau, mindestens 678 Euro

**Geld ist genug da!  
Es muss nur richtig verteilt werden.**







# Dortmund

## Gruppen:

- Dortmunder Sozialforum
- DGB Dortmund-Hellweg
- Erwerbslosenausschuss ver.di Westfalen
- Plesa Dortmund
- attac Dortmund
- DKP Dortmund
- WEGA-Verein
- Planerladen Dortmund

**Aktivitäten: Standkundgebung / Infostand; Flashmob-Aktion vor der FDP Geschäftsstelle in der HansasträÙe**

## **Kurzer Bericht vom Aktionstag „AufRecht bestehen“ am 14.10.22 in Dortmund**

**Protestieren statt frieren! Für eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung!**

Wir haben uns auch dieses Jahr am bundesweiten Aktionstag beteiligt und dafür im Vorfeld ein eigenes kleines Bündnis geschmiedet. Mitgemacht haben u.a. der DGB Dortmund, die DKP, attac und der Erwerbslosenausschuss von ver.di Westfalen.

Das Wetter war etwas ungemütlich, aber trotzdem waren wir am 14. Oktober über mehrere Stunden mit einem gut ausgestatteten Stand in der City-Fußgängerzone vertreten. Außerdem hatten wir im Vorfeld zu einer kleinen Flashmob-Aktion vor der Geschäftsstelle der Dortmunder FDP mobilisiert, unter dem Motto: Am Ende des Geldes ist noch einiges an Monat übrig!

Für einen Besuch bei der FDP hatten wir uns entschieden, weil wir das ständige Herumreiten Lindners auf (Einhaltung) der Schuldenbremse einfach satt haben. Zumal diese Partei immer wieder dadurch auffällt, dass sie für gezielte Entlastungen zugunsten ärmerer Menschen, die von den steigenden Preisen für Lebensmittel und Energie besonders betroffen sind, wenig übrig hat, sich für Geschenke an den Mittelstand jedoch durchaus erwärmen kann. Hinzu kommt, dass sich die FDP als einzige der 3 Ampelparteien geweigert hatte, an unserer online-Veranstaltung im Frühjahr zum Thema Bürgergeld teilzunehmen.\*

Für die Flashmob-Aktion vor der FDP hatte uns die Düsseldorfer Obdachloseninitiative Fiftyfifty dankenswerterweise ein paar Dutzend Tüten aus Papier mit Aufdruck „DAS GELD IST ALLE...“ von einer früheren Aktion zur Verfügung gestellt.

Wie es gelaufen ist?

Wir hatten uns ehrlich gesagt mehr davon erhofft. Ein Obdachloser nutzte die Gelegenheit, am Mikro seine verfahrenere Situation darzustellen. Ansonsten war die Resonanz am Stand vonseiten der Passanten eher bescheiden. Dazu muss man allerdings wissen: Zum einen war das Thema Bürgergeld in den Medien zu diesem Zeitpunkt noch wenig präsent. Und zum anderen waren unsere Pläne für den Aktionstag von der lokalen Presse komplett totgeschwiegen worden.

---



---

Erfreulich war hingegen, dass sich pünktlich um 16 Uhr rund 30 Leute beim Infostand einstellten, um an der Aktion vor der FDP-Vertretung teilzunehmen. Jeder „bewaffnete“ sich mit ein, zwei Tüten, die dann – am Ziel angelangt – gemeinsam auf dem Bürgersteig und im Hauseingang der Geschäftsstelle aufgestellt wurden. Nach zwei Ansprachen von unserer Seite nahm dann auch der Dortmunder FDP-Vorsitzende per Mikro Stellung: Auch wenn er nicht ganz im Thema stecke, freue er sich über unser Engagement und werde im Anschluss auch einen kurzen Bericht an die Parteizentrale in Berlin absetzen.

Für die Ansprache der Passanten hatten wir nebst Flugblatt diverse Schaubilder, eine Installation „Puppe im Würgegriff“ und ein Lochbrettspiel vorbereitet, ferner einige Beiträge für wiederkehrende kurze Ansprachen.

Die Vorbereitung des Infostands und der genannten Materialien lag im wesentlichen in der Hand von Mitgliedern des Sozialforums, des ver.di-Erwerbslosenausschusses und des DGB Dortmund. Am "Auftritt" in der Stadt selbst waren dann Vertreter\*innen aller Bündnispartner beteiligt.

Einige Aufnahmen vom Aktionstag in Dortmund anbei. Weitere Fotos unter <https://de-de.facebook.com/dgbregio/photos>

Anbei ferner das Dortmunder Flugblatt mit sämtlichen Mitunterzeichnern.

---





In der Klemme (Foto: Gisela Klein)



Vorbereitungen. Gleich geht's zur FDP (Foto: Comelia Wimmer)



Die DGB-Vorsitzende Jutta Reiter bei der Kundgebung vor der FDP-Geschäftsstelle Dortmund (Foto: C. Wimmer)



8 Prozent Inflation? Das ist doch gar nichts! (Foto und Idee: Frank Arend)



**Protestieren statt frieren!**

**Für eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung!**

Bundesweiter (dezentraler) Aktionstag am 14. Oktober zum geplanten Bürgergeld

**Auf  
Recht  
bestehen**

## **Aktionstag**

**14. Oktober 2022, 15 – 18 Uhr  
Platz von Netanya, Dortmund  
(neben der ehem. Mayerschen)**

**dazwischen: Flashmob (gegen 16 Uhr)**

**Kommt vorbei und macht mit!**

Was sind das für Zeiten? Die Preise steigen und steigen und wir alle blicken mit Sorge auf die nächsten Monate. Insbesondere für Menschen, die - ganz oder auch nur teilweise - von Hartz IV oder Altersgrundsicherung leben (müssen), wird die Lage prekärer denn je. Die aktuellen Preis-erhöhungen, insbesondere bei Energie und Lebensmitteln, fressen die letzten Spielräume auf. Am Ende des Geldes ist bei vielen noch einiges an Monat übrig.

### **Ein neues Entlastungspaket der Regierung**

Jetzt kommt also ein drittes sog. Entlastungspaket, um die durch politische Entscheidungen rund um den Ukraine-Konflikt entstandenen Mehrbelastungen für die Bürger - und Unternehmen - ein wenig abzufedern. Wieder mit der Gießkanne, und wieder fällt für die richtig Armen verhältnismäßig wenig ab.

Es handelt sich bei dem „Paket“ um ein Sammel-surium aus Mini-Entlastungen, Einmalzahlungen und teils noch recht vagen Ankündigungen. Einiges dient auch nur der Beseitigung von Ungerechtigkeiten in früheren Paketen. Generell gilt aber: Je dicker der Geldbeutel, desto größer die Entlastung.

Eine Maßnahme sieht die vorübergehende Erhöhung des Kindergelds um 18 € ab kommenden Jahr vor. Von dieser Maßnahme profitieren (fast) alle Familien, auch Besserverdienende, die es eigentlich nicht bräuchten – nicht allerdings Empfänger von Hartz IV und/oder Grundsicherung, denn bei denen wird das Kindergeld gleich wieder abgezogen.

Für EmpfängerInnen von Hartz IV- und/oder Grundsicherungsleistungen sieht es auch ansonsten mau aus. Gut, käme der angekündigte Strompreisdeckel, dann würde das auch ihnen helfen. Die Pläne für ein Nachfolgeangebot für das ausgelaufene 9-Euro-Ticket sind hingegen vage und mit einem „Preiskorridor“ von 49 bis 69 € im Monat nicht bezahlbar.

Die geplante Anhebung der gesetzlichen Regelsätze um 53 € im Rahmen dieses Pakets als zentrale Entlastungsmaßnahme für die ärmeren Teile der Bevölkerung zu verkaufen, ist geradezu unverschämt. Bundesminister Heil hatte die Anhebung um rund 50 € im Zuge der Einführung des sog. „Bürger-

gelds“ zum 1. Januar 2023 schließlich bereits seit Monaten als seine Zielmarke ausgegeben – und ist dafür seit Monaten kritisiert worden. Selbst der Chef des arbeitgebernahen Instituts für deutsche Wirtschaft (IW) monierte, es handele sich bei dem Entlastungspaket zumindest in Teilen um eine Mogelpackung. Die Einführung des Bürgergelds und eine Reform des Wohngelds waren bereits Bestandteile des Koalitionsvertrags gewesen und seien daher in diesem Paket fehl am Platz.

Ein Einmalzahlung für die inflationsbedingten Mehrbelastungen schon in diesem Jahr? Pustekuchen! Glaubt die Koalition wirklich, sich mit solchen Tricks davonstehlen zu können?

### **Existenzängste wachsen**

13,8 Millionen Menschen lebten in der Bundesrepublik nach Auskunft des aktuellen Armutsberichts des Paritätischen Gesamtverbandes bereits 2021 in Armut.

Die aktuelle Energie- und Inflationskrise dürfte diese erschreckende Zahl nochmal massiv erhöhen. Im September 2022 lag die offizielle Inflationsrate bei 10 Prozent. Doch diese Zahl bildet das reale Problem für einkommensarme Haushalte nur ungenügend ab. Denn die Lebensmittelpreise stiegen gegenüber dem Vorjahresmonat um 18,7 Prozent, also bald doppelt so stark wie die durchschnittliche Inflation, die Verbraucherpreise für Energie sogar um 43,9 Prozent! Der durchschnittliche Strompreis für Haushalte liegt laut Verivox aktuell über 50 Cent pro Kilowattstunde und damit auf historischem Rekordniveau (zum Vergleich 2021: 30 ct/kWh).

Und das Ende der Preisspirale ist damit noch lange nicht erreicht – davon zeugt die gegenwärtige Explosion der Erzeugerpreise, also der Preise, die

Landwirte und andere Erzeuger nehmen, bevor die Waren in den Handel geraten.

Die 53 Euro mehr für LeistungsbezieherInnen würden also bestenfalls ausreichen, den Kaufkraftschwund des Jahres 2022 auszugleichen, nicht jedoch die zu erwartenden weiteren Teuerungen im kommenden Jahr. Ohnehin kommt die Anhebung viel zu spät und geht von einem viel zu niedrigen, trickreich kleingerechneten Ausgangswert aus.



Insbesondere für diejenigen, die schon vor der Krise finanziell kaum über die Runden gekommen sind, prekär Beschäftigte, andere Menschen mit schmalen Einkommen sowie Bezieher von Grundversicherungsleistungen, ist die Aussicht auf den kommenden Winter eine äußerst düstere. Die jetzt von der Bundesregierung großspurig angekündigten Entlastungen ändern daran so gut wie gar nichts.

#### **Kein Etikettenschwindel beim Bürgergeld - Hartz IV wirklich überwinden!**

Für Ende 2022 hat die Ampelkoalition die Einführung des lange angekündigten „Bürgergeldes“ in Aussicht gestellt und es als „Überwindung von Hartz IV“ angepriesen. Eine Reform des Systems der Existenzsicherung, die das repressive, Armut und Angst verursachende Hartz IV-System tatsächlich überwinden würde, ist überfällig und wäre sehr zu begrüßen. Leider lässt der vorliegende Gesetzentwurf zum Bürgergeld an diesem Anliegen jedoch erhebliche Zweifel aufkommen.

Es ist durchaus anzuerkennen, dass einige Aspekte der geplanten Reform Verbesserungen beinhalten. So sollen zum Beispiel die Wohnkosten für die ersten zwei Jahre in voller Höhe übernommen werden. Auch soll das sog. Vermittlungsprimat entfallen. Doch solange es keine neuen Zumutbarkeitsregelungen gibt, mit tariflichen Standards, Sozialversicherungspflicht usw., muss befürchtet werden,

dass die Jobcenter auch künftig Nachschub für den Niedriglohnsektor organisieren werden.

#### **Und wo bleiben die restlichen 180 Euro, die es für ein Auskommen braucht?**

Das „Bürgergeld“ darf nicht nur ein neues, wohlklingendes Etikett auf den altbekannten Inhalten sein. Wir fordern eine Erhöhung der Regelsätze auf ein realistisches Niveau und ihre zeitnahe Anpassung bei größeren Preissteigerungen in besonders relevanten Bereichen der Existenzsicherung!

53 Euro mehr will die Regierung zugestehen – das wären dann 502 € im Monat. Wird das reichen, um gut über den Monat zu kommen?

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat bereits Anfang 2022 - also noch vor der Ukraine-Krise - , errechnet, dass der Regelsatz eines Alleinstehenden **eigentlich 678 € betragen müsste**, also gut 50 % mehr als der aktuell gewährte Satz (449 €), damit er bedarfsgerecht wird.

**Mit weniger geben wir uns nicht zufrieden!** Und eine entsprechende Anpassung ist noch in diesem Herbst erforderlich, und nicht erst im Januar!

Der Stromverbrauch muss künftig komplett aus dem Regelbedarf ausgeklammert werden. Die Kosten der Wohnung einschließlich Heizkosten müssen dauerhaft in voller Höhe übernommen, der Haushaltsstrom hier hinzugerechnet werden.

Im Zusammenhang mit der Einführung des „Bürgergeldes“ ist von Seiten der Politik viel von „Bürgerfreundlichkeit“ und „Augenhöhe“ die Rede. Diese sind jedoch ehrlicherweise nur zu erreichen, wenn alle Sanktionen abgeschafft werden und die Eingliederung in Arbeit auf freiwilliger Basis erfolgt.

Die Leistungen des „Bürgergeldes“ müssen für alle hier lebenden Menschen einfach, schnell und frei von Willkür und Schikane zugänglich sein. Es darf weder Ausschlüsse von Zuwanderern geben, noch unnötige Hürden bei der Antragsstellung.

#### **Ohne Druck wird's ein Schwindel bleiben**

Ohne Druck von unten wird auch ein „Bürgergeld“ von den politisch Verantwortlichen nicht so ausgestaltet werden, dass sich mit ihm ein menschenwürdiges Leben bestreiten lässt. Deswegen beteiligen wir uns in Dortmund mit einer Kundgebung und einem kleinen Flashmob an dem bundesweiten Aktionstag am 14. Oktober.

Lasst uns unsere Forderungen laut und deutlich auf die Straße tragen!

Dieser Aufruf wird unterstützt von



Weitere Infos z. Aktionstag: <https://www.erwerbslos.de>; Sozialforum unter <http://agora.free.de/sofodo> V.i.S.d.P. Heiko Holtgrave, 44137 Dortmund



14.10.2022

# Grundsicherung statt Hartz IV: IB unterstützt Forderungen von „AufRecht bestehen“

Aktionstag des Bündnisses am 14. Oktober

---



*Das Geld wird für einkommensarme Menschen immer knapper: Der Internationale Bund (IB) unterstützt den Aktionstag von "AufRecht bestehen". Foto: unsplash.com | Josh Appel*

Der Internationale Bund (IB) unterstützt die Forderungen des Bündnisses „AufRecht bestehen“ und begrüßt den Aktionstag „Bürgergeld: Für eine armutsfeste und



Durch die Energiekrise steigen die Preise für Gas und Strom in rasantem Tempo, auch Lebensmittel und andere Produkte werden immer teurer. Das trifft besonders Personen, die finanziell ohnehin nicht gut über die Runden kommen, zum Beispiel prekär Beschäftigte oder Bezieher\*innen von Grundsicherungsleistungen. Nach Auffassung des IB sollten die Entlastungen für diese Menschen noch verbessert und deutlich ausgebaut werden.

## **Alle Menschen haben das Recht auf soziale Teilhabe**

„Einkommensarme Menschen müssen angesichts der steigenden Preise noch besser unterstützt werden“, betont Thiemo Fojkar, Vorstandsvorsitzender des IB. „Es kann nicht sein, dass Menschen die Sorge haben müssen, ihre Strom- und Energierechnungen oder ihre Lebensmittel nicht mehr bezahlen zu können. Alle Menschen haben das Recht auf ein Leben in Würde und auf soziale Teilhabe.“

Ob Berlin, Wolfsburg oder Kaiserslautern: Viele Städte beteiligen sich an dem Aktionstag und verleihen den Forderungen von „AufRecht bestehen“ Nachdruck, unter anderem mit Kundgebungen, Podiumsdiskussionen und Infoständen. Weitere Informationen dazu gibt es auf der Website [www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de).

Auch der IB unterstützt sozial benachteiligte Menschen mit zahlreichen **Angeboten**, zum Beispiel im Bereich der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe.

---